

# Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte

24. Oktober 2007

Nr. 2 (244) 1. (18.) Jahrgang



**Gerechtigkeit und Friedenspolitik: Die entscheidenden Politikfelder der LINKEN - so dokumentiert und bekräftigt auf dem Gründungsparteitag im Juni in Berlin.**

**Jetzt steht die Kursbestimmung im künftigen Regionalverband der LINKEN in den Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida an. Dazu versammeln sich die Delegierten zum Regionalparteitag am 27. Oktober 2007 in der „Räuberschänke“ in Hartha. Unser Gruß gilt den Delegierten. Mögen sie wichtige und richtige Entscheidungen treffen.**

## Die Titelthemen dieser Ausgabe

**Der neue Regionalverband der LINKEN in Döbeln, Freiberg und Mittweida auf dem Wege**

**Das Wirken der LINKEN in der Kommunalpolitik Heute: Freiberg**

**Gegen Faschismus und Rechts-  
extremismus  
Eine geschichtliche Betrachtung**

- 2 editorial, glossiertes & kommentiertes
- 3 kommentiertes & lesernermeinung
- 4 / 5 der neue regionalverband begibt sich auf seinen weg
- 6 / 7 die LINKEN und die kommunalpolitik. heute aus Freiberg
- 8 / 9 rechtsextremismus und antifaschismus - gebot der stunde
- 10/11 mosaik & jubiläen
- 12 termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte“ erscheint in der 47. Kalenderwoche 2007  
Redaktionsschluss ist Freitag, 16. November 2007

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

Deutsche Bank Freiberg  
BLZ: 870 700 24  
Konto-Nr.: 227 268 000

Zuschriften, Kritiken und Hinweise an die Redaktion sind ausdrücklich erwünscht.

## Impressum

**Herausgeber:** DIE LINKE; Kreisvorstände Döbeln, Freiberg und Mittweida  
Postanschrift: 09599 Freiberg, Bebelplatz 3  
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
Fax: 0 37 31 - 20 21 40

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Lothar Pöttsch, Hans Weiske (verantwortl.)

**Satz, Fotos und Layout:** A.Bi.Te  
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

**Verlag und Vertrieb:** Eigenverlag und-vertrieb

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co.KG,  
Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz

Die „LinksWorte“ werden im Internet unter [www.links Worte.de](http://www.links Worte.de) veröffentlicht. Dort sind auch frühere Exemplare der Zeitung aus dem Archiv abrufbar.

**Webmaster:** Richard Thum

## editorial

**S**chnellebig ist sie - unsere Zeit. Es scheint, als hätten wir erst vor kurzem die Arbeiten an einem neuen Regionalverband der LINKEN begonnen, dabei ist das inzwischen schon fast ein Jahr her. Jetzt sind wir auf der Zielgeraden. Wenn unsere Leser diese Zeitung in den Händen halten, könnte der neue Vorstand des Regionalverbandes schon gewählt sein. Am 27. Oktober findet der Regionalparteitag der LINKEN aus den Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida statt - nicht wie bisher verkündet, im „Schwanenschlösschen“ in Mittweida, sondern in der „Räuberschänke“ in Hartha. Er wird nach einer nicht ganz einfachen Prozedur (immerhin geht es darum, dass die drei Landkreise und auch die ehemalige WASG in den Gremien entsprechend vertreten sind) den Vorstand sowie die VertreterInnen im Landesrat und die Delegierten zum Bundesparteitag wählen. Außerdem werden die „Kommunalen Leitlinien des Regionalverbandes“ beraten und beschlossen.

Die „LinksWorte“ werden in der Novemberausgabe natürlich ausführlich über den Regionalparteitag berichten. Diese Ausgabe wird übrigens am Konferenztag auf dem Platz jedes Delegierten aus den drei Kreisen liegen. Auf den Seiten - 4 - und - 5 - dieser Ausgabe dokumentieren wir den Entwurf der „Kommunalen Leitlinien des Regionalverbandes“.

Nachdem wir in der vorherigen Ausgabe die parlamentarische Vertretung der LINKEN in den drei Kreisen analysiert und im Landkreis Döbeln etwas ausführlicher beleuchtet haben, ist diesmal Freiberg an der Reihe. Die kommunale Stippvisite der „LinksWorte“ führt zum engagierten Ehepaar Ruth Kretzer-Braun und Hannes Kretzer, die in der Kommunalpolitik im Kreis und in der Stadt Freiberg für die LINKE am Ruder stehen und darüber hinaus mit ihrem sozialen Engagement viel für die linke Sache tun.

Unser Redaktionsmitglied Lothar Pöttsch aus Geringswalde hatte sich in der vorangegangenen Ausgabe mit dem Thema des Rechtsextremismus auseinandergesetzt. Wir setzen das Thema auf Grund seiner brennenden Aktualität heute fort.

Liebe Leser!

Jetzt kommt der Punkt, wo sich der verantwortliche Redakteur den Inhalt des berühmten Aschewagens übers Haupt schütten möchte. Vielleicht ist es noch verzeihlich, dass - geprägt von der Geografie des Erzgebirges - „Geringswalde“ mit „Gehringwalde“ und „Taura“ mit „Taucha“ (bei Leipzig)

verwechselt wurde. Dass aber in der Übersicht über die Ortsverbände im zukünftigen Regionalverband der Ortsverband Lunzenau ganz vergessen wurde - unverzeihlich! Der guten Ordnung halber sei deshalb darauf verwiesen, dass im Lunzenauer Ortsverband 14 Mitglieder organisiert sind und Genosse Walter Erdmann den Verband leitet. Entschuldigung also bei den Geringswaldern für das überflüssige „h“, bei den Tauraern für die Konversion vom „r“ zum „ch“ und bei den Mitstreitern in Lunzenau, dass sie in unserer Statistik gänzlich unter den Tisch gefallen waren.

## glossiert

**E**s gäbe wieder viel politisches Futter, um beispielsweise eine Glosse über den Eiertanz der Genossen Beck und Münze um die Agenda 2010 zu schreiben. Auch die „Harmonie“ in der großen Koalition böte viel Munition. Aber das ist der politische Gegner und da fällt es so wie so leichter, seine Ironie und seine Schadenfreude abzuladen.

Schwieriger ist das schon, wenn es um die eigenen Reihen geht. Blicken wir nur nach Dresden. Bei der Lage des dortigen Stadtverbandes der LINKEN bleibt dir die Glosse als Klob im Halse stecken. Und mittendrin im Malheur - unsere Landesvorsitzende, gleichzeitig Stadträtin in Dresden.

Nicht auf dieser Ebene, aber doch regional Wogen schlagend: die Nachwehen der Gründung des Ortsverbandes der LINKEN in Brand-Erbisdorf. Zunächst die Fakten: Zur Wahl des Ortsvorsitzenden stellten sich Jens-Eberhard Jahn und Mathias Schreiter. Letzterer wurde mit 17 von 29 Stimmen gewählt. Im Journalistenjargon würde man von einer Kampfabstimmung sprechen. Der Wahl ging eine hitzige Debatte voraus, in der aus verschiedenen Richtungen mit ziemlich großen Geschützen auf Jens-Eberhard Jahn gefeuert wurde. Auf der Webseite des Kreisverbandes erschien danach ein kurzer, tendenziöser Kommentar zur Wahlversammlung, der Jahn mangelnde Außenwirkung und Kompetenz vorwarf.

So weit, so gut! Jetzt könnte man, wie von einigen der Matadoren erwartet, diese Ausgabe der „LinksWorte“ mit Darstellung, Gegendarstellung und evtl. einer Gegendarstellung zur Gegendarstellung füllen. Aber vielleicht wirkt eine kleine Glosse auf Seite - 2 - der „LinksWorte“ Wunder! Vielleicht könnte man unter vier, sechs oder acht Augen manches aus der Welt schaffen? Vielleicht hätte man sich über den Kurzkomentar zur Wahlversammlung verständigen und einen gemeinsamen Nenner finden können? Vielleicht kommt man ohne

„Gegendarstellungen zur Gegenrede“ aus, wenn sich Gegenredner und Gegendarsteller zusammen setzen und den Tratsch aus der Welt schaffen. Dazu allerdings gehört Streitkultur, von allen Seiten. Eine Kultur, die man den Linken - zu Recht oder zu Unrecht, steht im Raum - gern abspricht.

Jetzt ist ein Vorsitzender in Brand-Erbisdorf gewählt. In Vorbereitung der Kommunalwahlen im Juni 2008 steht Sacharbeit an. Da scheint es ein guter Anfang, wenn Jens-Eberhard Jahn Matthias Schreiter zu seinem guten Wahlergebnis gratuliert. In der Zusammenarbeit wünsche er sich dabei insgesamt eine „wahrhaftigere Streitkultur“.

Meine feste Überzeugung: Es gibt keine wahre, wahrhaftige oder wahrhaftigere Streitkultur. Es gibt eine Kultur des Streites und die funktioniert nur, wenn sie alle Seiten beherrschen und auch den Willen aufbringen, sie beherrschen zu wollen. (hw)

## standpunkte

von unserem Redaktionsmitglied  
Ruth Fritzsche, Freiberg

Ich möchte mich heute und hier zu zwei Problemen äußern.

Am 03. Oktober fand nunmehr zum 17. Mal der Tag der Deutschen Einheit statt. Die Medien dieser Bundesrepublik - außer dem „Neuen Deutschland“ - konnten sich nicht genug in der Diffamierung der bis 1989/1990 bestehenden DDR austoben. Das mieseste war wohl der Film „Die Frau vom Checkpoint-Charlie“. Wunderbar fand ich, wie der kritische Journalist, Mathias Wedel, am Dienstag, dem 02.10.2007 über diesen Film im Neuen Deutschland unter „Flattersatz“ schrieb. Ich habe es mir jedenfalls nicht angetan, mir „die Frau vom Checkpoint-Charlie mit dem notorischen Opfer und nölenden Besenstiel Veronika Ferres“ um mit den Worten von Mathias Wedel zu sprechen, im Fernsehen anzusehen. Mir hat es schon gereicht, was da im Vorfeld in der Presse und in den anderen Medien an gemeiner Hetze gegen die DDR betrieben wurde.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen: Ich stehe zu den Fehlern, die wir im Hinblick auf fehlende Demokratie und viele andere Ungereimtheiten in der DDR begangen haben. Daran war auch ich beteiligt und will mich auch gar nicht herausreden. Nur dennoch kann ich die mit Lügen und Halbwahrheiten gespickten Veröffentlichungen in Presse und Fernsehen einfach nicht mehr ertragen, zumal sie noch von solchen Leuten verbreitet werden, die weder in der DDR gelebt oder aber das entsprechende Alter für eine objektive Betrachtung des

Lebens in der DDR haben können. Das schlimmste ist jedoch für mich, wenn „eingekaufte“ ehemalige DDR-Bürger dann ihre Tiraden in Presse und Fernsehen gegen ihr Leben in der DDR loslassen, wie sie doch gelitten haben. Die schlimmsten sind dabei bestimmte „Unterhaltungskünstler“.

Mein Fazit ist dazu: Um von ihrem menschenunwürdigen Sozialabbau und der Kriegspolitik seitens der deutschen Bundesregierung abzulenken, wird man sich weiter darum bemühen, unwahre Gemeinheiten gegen die DDR zu verbreiten. Es freut mich aber auch, dass viele ehemaligen DDR-Bürger jetzt auch etwas zur Besinnung gekommen sind. Am 15.10.2007 nahm ich aus einer Mitteilung im ND zur Kenntnis, dass die Gesellschaft zum Schutze von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) einen gerichtlichen Beschluss erwirkt habe, welcher es dem NDR über die Talksendung Anne Will nicht mehr gestattet zu behaupten, dass Stasi-Offiziere die GBM gegründet haben.

Am 12.10.2007 stimmte der Bundestag über den Afghanistan-Einsatz der Deutschen Bundeswehr ab. Es freut mich, dass meine Fraktion einstimmig dagegen gestimmt hat. Bisher haben wir im Kreis Freiberg ca. 600 Unterschriften zu „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ zur Unterstützung der Friedensbewegung gesammelt. Diese Sammlung wird öffentlich bis Mitte November 2007 weitergehen.

## Es liegt an uns !

von Michael Matthes, Niederschöna

Am 16. Juni 2007 passierte etwas, was es in der langen Geschichte der Linken noch nicht gegeben hat. Freiwillig und ohne Zwang, wenn auch nicht ohne diese oder jene Holprigkeit, vereinigten politisch engagierte Menschen in der immer noch nicht einigen Republik ihre Kräfte mit dem Ziel, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Diese neue DIE LINKE war schon politisch gestaltend, bevor sie entstanden war. Den Parteibürokratien der CDU/CSU, der Liberalen, der Grünen und auch der SPD erwuchs eine Alternative zu ihrer bürgerfeindlichen Politik, die keines der anstehenden Probleme löst. Sie reagierten bereits auf die Ziele der erst entstehenden linken Kraft. Die SPD sprach wieder über Mindestlohn, die Grünen werden wieder pazifistisch und die anderen überlegen ebenso, wie sie der linken Herausforderung begegnen.

Das weckt aber auch Hoffnung bei all denjenigen, die nach der „Wende rückwärts“ eine Wende zum Besseren herbeisehen. Die steigenden Umfragewerte in allen Bundesländern sind Ausdruck dieser Hoffnung in weiten Kreisen der Wählerschaft. DIE LINKE kann nur einen Fehler begehen, nämlich diese Hoffnung enttäuschen. Auf Bundesebene zeigt DIE LINKE

ein Profil, dass sie deutlich von den anderen Parteien unterscheidet. Sie taktiert nicht. Sie handelt konsequent und wahrhaftig. Auf Landesebene steht dieser Prozess noch aus. Kein sächsischer Wähler versteht die diffusen Vorgänge in Dresden, in die der Landesvorstand insbesondere seine Vorsitzende in parteischädigender Weise verwickelt ist.

Inzwischen hat die Parteineubildung aus der vormaligen Linkspartei.PDS und der vormaligen WASG in Sachsen auf Landesebene stattgefunden. Am 27. Oktober vollzieht sich dieser Prozess auf Kreisebene, wenn auch zunächst als Regionalverband der noch bestehenden Landkreise Döbeln, Freiberg und Mittweida. Ob es allen gefällt oder nicht, aus diesen drei Landkreisen entsteht ab Juni 2008 der Landkreis Mittelsachsen. Und damit entsteht gemäß der Bundes- und der Landessatzung ein Kreisverband Mittelsachsen mit etwa tausend Mitgliedern DER LINKEN.

In den Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida, später in Mittelsachsen hat der Regional-/Kreisverband die Verantwortung für die Gestaltung einer linken Kommunalpolitik. Dazu bleibt wenig Zeit. Wenn sich das gemeinsame Handeln der Kreisverbände der vormaligen Linkspartei.PDS und der vormaligen WASG, das sich seit November vorigen Jahres in der Koordinierungsgruppe verwirklichte, im entstehenden Kreisverband mit konkreter Kommunalpolitik für die Anliegen der Mehrheit der Bürger fortsetzt, ist „der Erfolg nicht zu vermeiden“. Die Delegierten des Regionalparteitages am 27. Oktober können mit ihrem Votum die Weichen für diesen Weg stellen. DIE LINKE hat alle Chancen, notwendige Veränderungen herbeizuführen, wenn sie die bestehenden Probleme erkennt, nachhaltige und zukunftssichere Lösungen dafür erarbeitet und offen für die Mitarbeit engagierter Bürger bei deren politischer Umsetzung ist. Die Delegierten des Regionalparteitages sollten Ansätzen zu Zuständen wie denen im Stadtverband Dresden, gegen die auch der Regionalverband Döbeln-Freiberg-Mittweida nicht gefeit sein dürfte, eine Absage erteilen. Opportunismus wäre fatal, Parteilichkeit ist nötig. Eines sollte uns allen bewusst sein: Wir stehen am Anfang einer neuen Etappe unseres Weges zu einem linken Sachsen. Ob wir das Ziel erreichen werden, hängt davon ab, ob wir unserer Verantwortung gerecht werden.

## Zum Nachdenken

Um fremden Wert willig und frei anzuerkennen und gelten zu lassen, muss man eigenen haben.

Arthur Schopenhauer

Zwei Wahrheiten können sich nie widersprechen.

Galileo Galilei

## DIE LINKE in Döbeln, Freiberg und Mittweida auf dem Wege zu einem neuen Regionalverband

Am Donnerstag, dem 18. Oktober, fand in der „Räuberschänke“ Hartha, gelegen zwischen Hainichen (Landkreis Mittweida) und Oederan (Landkreis Freiberg), die letzte Beratung der Koordinierungsgruppe der Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida der Partei DIE LINKE. statt. Abgestimmt wurden nochmals und endgültig die Formalitäten der Wahlen zum neuen Kreisvorstand, der VertreterInnen des Regionalverbandes im Landesrat und der Delegierten zum Bundesparteitag.

Die „LinksWorte“ dokumentieren im folgenden Entwurf der Kommunalen Leitlinien des Regionalverbandes, der den Delegierten zum Regionalparteitag am Sonnabend, dem 27. Oktober vorliegen wird und dort beraten und beschlossen werden soll.

Kerne Sachsens zu bleiben. Diese Chance wurde bisher nur unzureichend genutzt. Die Region Mittelsachsen ist gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit, verstärkte Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Sozialhilfeempfängern, Förderschülern, Schulabbrechern und Menschen mit niedrigem Schulabschluss sowie jugendlichen Arbeitslosen. Wir haben einen überdurchschnittlichen Stundenausfall an den Schulen und Berufsschulen zu beklagen. Schulen wurden geschlossen oder standen jahrelang „unter Beobachtung“ der Staatsregierung, Theater, Musik- und Volkshochschulen mussten sparen. Auch die TU Freiberg und die Fachhochschule Mittweida müssen mit Stellenkürzungen durch die Staatsregierung leben. Bei der Förderung der Jugendarbeit nimmt die Region sachsenweit den letzten Platz ein. Ärzte fehlen,

unterstützt sowie zusätzlich im Landkreis angesiedelt werden, damit eine sich selbst tragende regionale Wirtschaft entstehen kann.

### AUF DEN FOLGENDEN WICHTIGEN POLITIKFELDERN SEHEN WIR DIE FÜNF LEITLINIEN FÜR UNSER POLITISCHES HANDELN

#### 1. BILDUNG UND KULTUR

- Wir treten dafür ein, dass der Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf Bildung und Ganztagsbetreuung verwirklicht wird. Das schließt ein, dass Bildung und Ganztagsbetreuung auch für Eltern mit niedrigem Einkommen bezahlbar sein muss bzw. diese eine staatliche Unterstützung erfahren
- Die Erhöhung der Anzahl der Ganztagschulen und die Umbildung von Schulen zu Gemeinschaftsschulen werden unterstützt.
- Wir treten für eine kostenlose Beförderung der Schüler zwischen Wohnort und Schule ein. Wir unterstützen deshalb konsequent solche Aktionen und Initiativen wie „Kurze Wege für kurze Beine“ und alle Aktivitäten zur Erhaltung von Schulen. Außerdem halten wir es für wichtig, dass Schüler, die Ausfallstunden hinnehmen müssen, dennoch von einer ausgebildeten Fachkraft betreut werden können.
- Wir treten für die Verwirklichung des in der Landesverfassung verbrieften Rechts auf kostenlose Unterrichtsmittel ein.
- Wir treten für die Behebung des Lehrermangels und die Einhaltung einer Klassenfrequenz von höchstens 25 Schülern ein.
- Wir setzen uns für die Unterstützung der Mittelsächsischen Theater- und Philharmonie GmbH, der Musikschulen, der Kreisvolkshochschulen und der Jugendzentren ein. Döbeln muss auch künftig Theaterstandort bleiben. Die angedachte Fusion des Mittelsächsischen Theaters mit dem Theater Annaberg ist aus kulturpolitischer Vernunft abzulehnen.



Die abschließende Beratung der Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung der Bildung eines Regionalverbandes fand am 18. Oktober in der „Räuberschänke“ Hartha stattfinden wird, wo auch der Regionalparteitag zur Wahl des neuen Vorstandes stattfindet.

## KOMMUNALE LEITLINIEN DES REGIONALVERBANDES DÖBELN - FREIBERG - MITTWEIDA (Entwurf)

Die drei Landkreise Döbeln, Freiberg und Mittweida haben ihre ihnen eigene, unverwechselbare Geschichte. Hier wirkten einsatzbereite und qualifizierte Fachkräfte, auf deren Kenntnisse und Fähigkeiten die Betriebe der DDR zurückgreifen konnten. Große Teile der drei Landkreise waren und sind verkehrstechnisch günstig an die drei großen sächsischen Städte sowie die Bundeshauptstadt angebunden. Somit hatten die drei Landkreise nach der politischen Wende beste Voraussetzungen, industrielle

die Wartezeiten nehmen zu. Der künftige Kreis Mittelsachsen hat eine Perspektive, wenn er seine Ressourcen und vorhandene Chancen bewusst nutzt. Hier sind wir alle gefordert, ein Landkreisentwicklungskonzept Mittelsachsen 2025 zu erarbeiten und umzusetzen. DIE LINKE. in der Region ist bereit, sich daran zu beteiligen. Doch ein solches Landkreisentwicklungskonzept muss von einer breiten politischen Basis getragen werden. Für DIE LINKE. steht der Mensch im Mittelpunkt der Politik. Für viele Menschen ist ein Leben ohne Arbeit unvorstellbar. Sie wollen sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Ohne leistungsfähige Wirtschaft kann die Arbeitsplatzmisere nicht gemindert werden. Es müssen leistungs- und zukunftsfähige Betriebe in verarbeitendem Gewerbe, Dienstleistung und Handwerk

## DIE LINKE in Döbeln, Freiberg und Mittweida auf dem Wege zu einem neuen Regionalverband

len in Würde ihren Lebensunterhalt verdienen können. Wir fordern die Einrichtung von genügend Ausbildungsplätzen für die Jugend und deren Übernahme nach der Ausbildung sowie Anpassungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer.

- Wir fordern unter Einbeziehung fachlich ausgewiesener Sozialverbände, Vereine und Selbsthilfegruppen eine an Sacherfordernissen orientierte Sozialplanung. Das erfordert eine Mitarbeit in oder zumindest eine enge Beziehung zu den genannten Gremien. Die Aufgaben dazu sind sehr vielfältig. Sie reichen von der Planung kommunaler Strukturen unter Berücksichtigung der demografischen Veränderung im Hinblick auf den ständig steigenden Anteil älterer Bürgerinnen und Bürger über den Wohnungsbau, Wohnungseigentum bis hin zur Einbeziehung der Kleinindustrie, des Handwerks und der sich daraus ergebenden Arbeitsplatzentwicklung.
- Wir unterstützen die Schaffung eines Seniorenbeirates im zukünftigen Landkreis.
- Wir sind gegen die Streichung von freiwilligen Aufgaben in den Kommunen, denn sie dienen häufig sozialen Zwecken und sind Ausdruck des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung. In diesem Zusammenhang unterstützen wir unsere Kommunalpolitiker bei ihrem Eintreten für die Gestaltung und Erhaltung von Freiwilligkeitsaufgaben.
- Wir stimmen dem Verkauf von sozialen Zwecken dienendem kommunalen Eigentum zur Schuldentilgung **nicht** zu. Wir treten für die Rücknahme der Praxisgebühr in ihrer jetzigen Form ein.

### 3. INFRASTRUKTUR UND NAHVERKEHR

- Wir fordern: die Verkehrsinfrastruktur muss der Vergrößerung der Fläche der neuen Landkreise und der Entfernungen folgen. Für den neuen Kreis sind öffentliche Verkehrsverbindungen zu schaffen, der es dem Bürger gestattet, den Hin- und Rückweg zu kommunalen und kulturellen Einrichtungen mit angemessenem Zeitaufwand zu bewältigen.
- Wir treten dafür ein, dass das im neuen Kreis verfügbare und gut ausgebaute Eisenbahnnetz durch ein Netz an Linien- und Zubringerbussen ergänzt wird. Die Fahrpläne der Linien

sind so zu optimieren, dass bedarfsgerechte Verbindungen mit kurzen Fahrzeiten entstehen. Öffnungszeiten von Einrichtungen, Beginn und Ende von Veranstaltungen sowie Arbeitszeiten sind mit den Fahrplänen zu koordinieren

- Wir sind dafür, dass die Gemeinden und der Kreis in Verbindung mit den Verkehrsbetrieben als Träger des Verkehrsverbundes wirksam werden. Bei der Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur wird auf Erfahrungen von existierenden Verkehrsverbänden und Modelle von Hochschulen zurückgegriffen.
- Wir sind für die Umsetzung des nationalen Radverkehrsplanes auch in Mittelsachsen. Sowohl der touristische, als auch der Alltagsverkehr braucht sichere, geschlossene und gut ausgeschilderte Routen.

### 4. WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE

- Wir fordern, Touristik und Wandern zu tragenden Erwerbszweigen zu machen.
- Wirtschaftliche stabile mittlere und große Land- und Forstwirtschaftsbetriebe werden mit Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes zu regionalen Wirtschaftskreisläufen vernetzt.
- Der neue Kreis soll eine sich weitestgehend selbst versorgende Energieregion werden. Die regional erzeugte Energie stützt sich auf die nachhaltige Nutzung regenerativer Energiearten.
- Wir treten dafür ein, dass in öffentlichen Gebäuden und in öffentlichen Fuhrparks vollständig erneuerbare Energieträger eingesetzt werden.
- Wir setzen uns für die die konsequente Umsetzung der Ziele der Agenda 21 zur nachhaltigen Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie ein.
- In den Gebirgsregionen treten wir für den beschleunigten Waldumbau ein.
- Wir unterstützen die verstärkte Nutzung von Brauchwasser anstelle von Nutzwasser in der Industrie des zukünftigen Kreises, im öffentlichen Sektor und in den Haushalten.

### 5. DEMOKRATISCHE STRUKTUREN

- Wir fordern eine Herabsetzung des Quorums für Volksanträge, Volksbegehren und Volksentscheide um 50

Prozent.

- Die Förderung von Beteiligung der Bürger und ihr Einbezug in die Politik ist als ein Mittel einzusetzen, der extremen Rechten zu begegnen und Menschen gegen diese Ideologie zu immunisieren. Wir unterstützen im künftigen Landkreis und seinen Städten und Gemeinden die Entwicklung einer politischen Kultur, die einer Ausbreitung rechtsextremer Ideologien und politischer Aktivitäten Grenzen setzt. Wir sind dafür, den Grad der Bürgerbeteiligung im Kreis zu erhöhen. Wir werden darauf drängen, dass die diesbezüglichen Punkte der lokalen Aktionspläne auch Anwendung finden.
- Wir sind für das ehrenamtliche Engagement als eine wichtige Säule der Demokratie. Ausreichender Schutz für Ehrenamtliche sollte daher im Interesse des Freistaates und der Kommunen liegen. Aber nur ein Teil der ehrenamtlich Tätigen sind bislang geschützt. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung einer antrags- und beitragsfreien, kostenlosen Ehrenamtsversicherung, die eine Haftpflicht- und Unfallversicherung beinhaltet, ein. Die Ehrenamtsversicherung wäre ein Zeichen der Anerkennung durch den Freistaat und könnte zu mehr freiwilligem Engagement in der Gesellschaft anregen.

Die Umsetzung dieser **fünf kommunalen Leitlinien** erfordert die Mitarbeit aller Mitglieder der LINKEN in den drei Kreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. Insbesondere der Einsatz unserer Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte ist dabei gefragt. Sie müssen als Opposition darauf achten, dass sich mit der Bildung des neuen Kreises die Lebensqualität für unsere Bürger nicht noch weiter verringert.

Viele Dinge werden in den jetzt noch bestehenden Kreisen unterschiedlich gehandhabt. Beginnend beim Baurecht setzt sich das fort über die Schulnetzplanung, die Betreuung von Arbeitslosen, die Prioritätenlisten zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, das Gesundheitswesen und vieles andere mehr.

Dies alles müssen wir kritisch verfolgen und unseren Einfluss geltend machen, dass die erforderlichen Angleichungen der Kreise nicht nachteilig für die Bürger, sondern zu ihren Gunsten ausfallen. Für unsere Ortsverbände bedeutet das, eng mit den Räten auf den unterschiedlichen Ebenen zusammen zu arbeiten, eigene Mitglieder und darüber hinaus andere engagierte und sachkundige Bürger zu finden, die auf unseren Listen für die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen kandidieren und bereit sind, für unsere Ziele einzutreten.

## Die parlamentarische Vertretung der LINKEN im Bereich des zukünftigen Regionalverbandes

In der Septemerausgabe unserer „LinksWorte“ führte uns die kommunale Stippvisite - nach einigen statistischen Details der parlamentarischen Vertretung der LINKEN in den kommunalen Parlamenten - in den Landkreis Döbeln. Im Mittelpunkt stand **Volkmar Richter**, Kreisrat der LINKEN und Geschäftsführer der Döbelner Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH.

Heute begeben wir uns nach Freiberg, um den Lesern der „LinksWorte“ die Eheleute und aktiven Verfechter unserer linken Sache, **Ruth Kretzer-Braun** und **Hannes Kretzer**, etwas genauer vorzustellen.

In der nächsten Ausgabe wird uns unsere kommunale Stippvisite nach Mittweida führen.

### Kommunale Stippvisite der „LinksWorte“ im Landkreis Freiberg

Der Landkreis Freiberg ist im Zuge der Kreisgebietsreform am 01. August 1994 aus den Altkreisen Brand-Erbisdorf, Freiberg und Flöha entstanden.

Im Landkreis leben über 143.000 Einwohner in insgesamt 25 Städten und Gemeinden. Kreisstadt ist Freiberg mit etwa 43.000 Einwohnern. Weitere Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern sind die ehemaligen Kreisstädte Brand-Erbisdorf und Flöha. Die Fläche beträgt 914 km<sup>2</sup>.

Die 58 Sitze im Kreistag verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien: CDU 26 Sitze, LINKE 11 Sitze, Allianz Unabhängiger Wähler 9 Sitze, Übrige 12 Sitze.

In diesen Tagen mit Ruth Kretzer-Braun und ihrem Mann Hannes Kretzer einen Termin zum Pressegespräch zu finden, ist kompliziert. Zum einen muss Hannes den gesundheitlichen Problemen mit seinem Auge zu Leibe rücken - Krankenhaus und Augenarzt fordern ihren Tribut - und zum anderen geben sich gegenwärtig Fernsehen und Presse bei Kretzers faktisch die Klinke in die Hand.

Was ist die Ursache den Ganzen? Beide sind Persönlichkeiten, die im Leben stehen, die mit ihrem Tun etwas bewegen und die - das dürfte aber für die bürgerliche Presse nicht das entscheidende Argument sein - links denken und handeln und das mit dem Mitgliedsbuch der LINKEN. Bevor wir aber die Parteiarbeit der Beiden etwas genauer beleuchten, etwas zu dem

großen Interesse, welches Ehepaar Ruth und Hannes Kretzer gegenwärtig finden. Es ist die Frucht von schon zwei Jahrzehnten dauerndem Engagements für die Allerschwächsten in unserer immer kälter werdenden Gesellschaft - die geistig-behinderten Menschen, und dabei besonders die heranwachsenden.

Ruth Kretzer Braun begann ihre berufliche Laufbahn nach ihrem Studium als Unterstufenlehrerin und qualifizierte sich später zur Diplom-Pädagogin. Hannes Kretzer studierte Hüttenwesen und Berg-

temnähe“ an. Kein Wort über das Engagement im Ausland und solide fachliche Arbeit über Jahre hinweg, statt dessen haltlose Vorwürfe und Vorverurteilungen. Sowohl Ruth, als auch Hannes verloren 1992 ihre geliebten Berufe und mussten nach Alternativen suchen.

Beide steckten den Kopf nicht in den Sand und machten weiter - die „Segnungen“ der neuen Gesellschaft nutzend und auf die Freiberuflichkeit bauend. Sie engagierten sich mit ihren tiefen Kenntnissen in der Erwachsenenbildung und in der Berg-



Ruth Kretzer-Braun und Hannes Kretzer vor der Eingangstür zum „Regenbogenhaus“ - dem Ergebnis ihres jahrzehntelangen, ehrenamtlichen sozialen Engagements für die Schwächsten in der Gesellschaft

bauökonomie. 1977 heirateten sie. Beide engagieren sie sich in ihrem beruflichen Verantwortungsbereich. Ruth brachte es bis zur stellvertretenden Kreisschulrätin, Hannes promovierte und habilitierte sich an der Bergakademie.

1988 gingen sie gemeinsam nach Äthiopien, um in der Provinz Eritrea zu helfen. Bleiben wollten und sollten sie dort drei Jahre. Wahrscheinlich ahnten sie damals noch nicht, wie sehr dieser Aufenthalt ihr weiteres Leben prägen würde. Armut und Elend, Kinderlähmung, Behinderung - die Eindrücke waren schier niederschmetternd. Sie taten, was sie konnten und konnten im Anbetracht all des Elends doch nicht viel tun. Dann rollte eine Welle des Krieges über das gequälte Land und sie mussten zurück in die Heimat.

Diese wurde gerade in jener Zeit von der politischen Wende erschüttert. Alles Gewohnte war mit einem Male relativ - und beiden kriedete man ihre frühere „Sys-

bauökonomie. Mehrfach weilte Hannes Kretzer in dieser Zeit als Fachmann in Südamerika.

1997 wurde im kleinsten Kreise eine Idee geboren: einen Verein zu gründen, welcher sich der Aufgabe widmet, jungen Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung eine Perspektive zu bieten, indem für sie Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereit gestellt werden. Ideengeber und Initiator in Personalunion: Ruth Kretzer-Braun. Vier waren sie am Anfang; um aber einen eingeschriebenen Verein zum Laufen zu bringen, brauchte es sieben Mitglieder. Mitglieder Nr. Fünf und Sechs wurden alsbald gefunden und als Nr. Sieben der eigene Ehemann überzeugt. Heute hat der Verein übrigens 22 Mitglieder, darunter eine Architektin, einen Rechtsanwalt, eine Steuerberaterin und einen Vorstand der Sparkasse.

Anfang Dezember 1997 wurde der Verein gegründet, knapp vier Jahre später das

## Die parlamentarische Vertretung der LINKEN im Bereich des zukünftigen Regionalverbandes

Hotel „Regenbogenhaus“ - entstanden aus dem Umbau eines heruntergekommenen denkmalgeschützten Wohnhauses - seiner Bestimmung übergeben. Klar war, dass der Verein das Hotel nicht betreiben kann. Deshalb brauchte es einen Betreiber und man entschied sich für die Form einer gGmbH. Einen Geschäftsführer allerdings konnte man sich nicht leisten. Was ist das Resultat: Hannes Kretzer, der inzwischen das Rentenalter erreicht hat, engagiert sich als ehrenamtlicher Geschäftsführer und das inzwischen schon



Die Vorsitzende der Stadtratsfraktion der LINKEN in Freiberg - Ruth Kretzer-Braun

seit mehr als sechs Jahren. Das Beeindruckende dabei: er hat bei allen finanziellen Herausforderungen einen kühlen Kopf bewahrt und das Vorhaben in „ruhiges Fahrwasser“ gesteuert.

Das Konzept des „Regenbogenhauses“ ist beeindruckend. Das Haus beschäftigt in den Bereichen Küche, Service, Hauswirtschaft/Technik und Rezeption insgesamt 14 lern- und geistig-behinderte junge Menschen und stellt sie gegen alle sonst auftretenden Barrieren ins reale Leben. Dabei werden sie von erfahrenen Fachkräften angeleitet und betreut und durchlaufen alle Stationen des Hauses. Das Komplizierte dabei: einerseits muss man betriebswirtschaftlich effektiv arbeiten, andererseits will man die behinderten jungen Menschen behutsam fördern und fördern. Sie sollen Zufriedenheit auf Vollbrachtes und die Anerkennung des Umfeldes ebenso empfinden wie jeder andere Berufstätige. Deshalb sind die Kretzers so zufrieden, wenn die Hotelgäste Verständnis für diese spezifischen Bedingungen aufbringen.

Der Verein und die Betreibergesellschaft - welche vor allem mit Ruth und Hannes Kretzer zu personifizieren sind - begreifen sich als Interessenvertreter behinderter Menschen, die es in dieser Gesellschaft so schwer haben. Sie arbeiten mit den Förderschulen für behinderte Kinder zusammen und organisieren Seminare für die Eltern behinderter Kinder und die El-

tern der behinderten Mitarbeiter des „Regenbogenhauses“.

Warum aber gerade in diesen Tagen das große mediale Interesse an den Kretzers und ihrem Engagement? In den letzten Tagen wurden sie für die Auszeichnung mit dem Titel SACHSEN ASS der blitzpunkt-Mediengruppe Chemnitz vorgeschlagen und erhielten den Deichmann-Förderpreis des gleichnamigen großen deutschen Schuhhändlers. Ergo: Man kann am „Regenbogenhaus“ Freiberg und seinen Initiatoren nicht vorbeigehen. Ruth und Hannes Kretzer verkörpern auf beeindruckende Art und Weise das Bild der PDS/der Linken.PDS/der LINKEN als „Kümmerpartei“. Sich kümmern um die Schwächsten der Gesellschaft und das im Ehrenamt: Respekt dafür, Gesundheit und schwarze Zahlen im Geschäftsbetrieb!

Das Kapitel Ruth Kretzer-Braun und Hannes Kretzer muss an dieser Stelle noch weiter geschrieben werden.

Weiter oben war die Rede davon, dass beide nach der Wende für ihre „Sünden“ der Vergangenheit Lohn und Brot verloren, sich aber nicht unterkriegen ließen. Mehr noch, sie engagierten sich in schweren Zeiten für ihre Partei - auch als sie mit Dreck beworfen und als Schmutzkinder beschimpft wurden.

Zur gern so deklarierten „ersten freien Wahl“ im Osten Deutschlands kandidierte



Der Chef der Kreistagsfraktion der LINKEN im Landkreis Freiberg - Hannes Kretzer

Ruth sowohl für den Kreistag Freiberg, als auch für die Stadtverordnetenversammlung Freiberg. In beide Gremien wurde sie mit - fasst man die damalige gesellschaftliche Haltung zur PDS ins Auge - hervorragenden Ergebnissen gewählt.

Damals herrschte noch die Atmosphäre der Ablehnung der PDS in Bausch und Bogen. Zu den Kommunalwahlen im Juni 1994 begann sich die Lage endlich leicht zu entspannen. Jetzt setzte die „Kretzersche Arbeitsteilung“ im kommunalen Engagement für die Partei ein. Ruth zog sich aus dem Kreistag zurück

und Hannes stieg ein. So ist es bis zum heutigen Tage geblieben: die linke Kommunalpolitik in Freiberg und im Freiburger Land ist fest in der Hand der Kretzers. Sie macht Politik in der Kreisstadt, er im Landkreis. Dabei sind sich beide einig: wenn man gegen etwas ist, muss man im gleichen Atemzuge sagen, wofür man ist, d.h., was man als Alternative vorschlägt. „Wir sind keine Populisten, sondern Linke mit unserem linken Herzschlag für die Schwächsten der Gesellschaft“. (hw)

### Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes Mittweida

Bereits am 22. September hatte der Vorstand des Kreisverbandes Mittweida eine Gesamtmitgliederversammlung einberufen, um über die künftige Fusion der Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida zu informieren und zu beraten sowie den jetzigen Vorstand des Kreisverbandes Mittweida pro Forma zu entlasten. Die eigentliche Entlastung kann ja erst mit der Neuwahl des Regionalvorstandes der drei Kreisverbände vollzogen werden. Sozusagen ein Beispiel für das Zusammenwirken mit der Basis, wenn es um solche Entscheidungen geht.

Die anwesenden 68 Mitglieder und 8 Gäste, wobei sich die Gäste in der Mehrzahl aus den jungen Mitgliedern von SOLID Geringswalde rekrutierten, waren jedenfalls genauso erwartungsvoll wie auch gespannt auf das, was da kommen sollte.

Bereits der Rechenschaftsbericht der Kreisvorsitzenden erntete großen Beifall. Er begann nach einem kurzem Rückblick auf die Entwicklung unserer Partei mit den Worten: „Auf der Gesamtmitgliederversammlung am 18.11.2006 wurde der neue Kreisvorstand gewählt. Es ist also noch nicht einmal ein Jahr vergangen und dementsprechend kurz wird dieser Bericht auch ausfallen.“

In der ihr eigenen Art, politische Schwerpunkte zu setzen und zugleich ihre eigene Meinung einzuflechten - also ein politischpersönlicher Rückblick mit Vorausschau - verwies sie auf Erfolge wie auch auf Mängel, die es noch zu überwinden gilt.

Und dann die Aufgaben. Natürlich als erstes die Gewinnung einer ausreichenden Anzahl von Kandidaten für die bevorstehenden Kreistags-, Bürgermeister- und Kommunalwahlen, die wir dann auch entsprechend bekannt machen müssen. Die Organisation des Wahlkampfes und immer wieder die Verbesserung der Öff-

Fortsetzung auf Seite - 10 -

## Gebot des Tages - gemeinsam gegen den rechten Extremismus

### Rechtsextremismus

*Wir setzten heute die Ausführungen unseres Redaktionsmitglieds Lothar Pötzsch aus Geringswalde zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fort. Befasste er sich im September besonders mit der hässlichen Fratze im Landkreis Mittweida, stehen heute geschichtliche Aspekte im Mittelpunkt.*



Als im Mai 1945 nach zwölf Jahren die Nazibarbarei am Ende war, hinterließ sie ein verwüstetes, in Trümmern liegendes Europa und die Trauer über fast 60 Millionen Tote.

Eine unvorstellbare Zahl.

In den Krisen der Weimarer Republik war der Nationalsozialismus zur Massenbewegung angewachsen. Und heute, in einer Zeit des Neoliberalismus, mit all seinen negativen Auswirkungen auf große Teile der Bevölkerung, fällt die Agitation und Demagogie der Nazis, die bei der Sehnsucht der Menschen nach sozialer Gerechtigkeit, Ordnung und Sicherheit ansetzt, oft genug schon wieder auf fruchtbaren Boden. Der im Frühjahr verbotenen, in unserem Kreis Mittweida operierenden Neonazi-Gruppe „Sturm 34“ werden rund 150 Personen aus allen sozialen Schichten zugerechnet. Der Rechtsextremismus ist weder ein Randproblem, noch ist er ein Problem der Jugend. Er kommt aus der Mitte dieser Gesellschaft. Die Schläger und die, die den Terror verbreiten, die Volksfeste zertrümmern oder nur stören, die Menschen auflauern und sie verfolgen, egal ob Ausländer oder nur anders Denkende, die nur auf Gewalt und Terror aus sind, die sind eigentlich nur das Fußvolk. Die Drahtzieher sind ganz andere.

Sie kommen aus allen Schichten der Gesellschaft. Sind Verleger, Anwälte, Unternehmer und selbst Beamte im gehobenen Dienst. Wie hätte es sich der Herr Apfel sonst im sächsischen Landtag leisten

können nach seiner Rede das Papier auf den Tisch des Landtagspräsidenten zu schleudern und mir Fingerzeig auf das andere Elbufer zu sagen, „wir haben auch dort unsere Informanten sitzen“?

Die Auseinandersetzung Rechts gegen Links ist durchaus gewollt. Sie lenkt von vielen anderen Problemen ab und gibt die Möglichkeit, den Überwachungsstaat weiter zu treiben und zu vervollkommen.

Jedoch hat das Ganze auch seine Ursachen. In der Hoffnung, es nicht zu einseitig zu sehen, möchte ich dennoch daran erinnern, dass man eben in der damaligen Bundesrepublik die Namen von relativ hochrangigen Leuten im Dritten Reich nur allzu schnell vergessen hatte. Selbst dem Gedenken der Opfer des Faschismus wurde Einhalt geboten. Natürlich mit rechtsstaatlichen Mitteln.

1948 zerbrach der antifaschistische Konsens unter dem Druck des Kalten Krieges, und es entstanden getrennte Gedenkkulturen in Ost und West. In der DDR wurde der OdF-Tag zentral begangen. Vielen Menschen hier war es ein wichtiges Anliegen, der Opfer des Faschismus zu gedenken und ihr Vermächtnis wachzuhaltend. Zahlreiche kleinere Veranstaltungen, Gespräche mit Überlebenden, Versammlungen in Schulen und Betrieben zu diesem Anlass zeugten von einer lebendigen Gedenkkultur. Die Veranstaltungen verloren aber mit der zunehmenden Vereinnahmung durch die Partei- und Staatsführung später an Vielfalt und Ausstrahlungskraft. In der Bundesrepublik stand hingegen das offizielle Gedenken lange Zeit vollkommen im Zeichen von Antikommunismus und Totalitarismustheorie. In den fünfziger Jahren wurde auf den entsprechenden Veranstaltungen aller Toten von Krieg und Gewaltherrschaft, also der Opfer und Täter gleichermaßen, gedacht. Entpolitisiert, unter Verdrängung von Ursachen und Verantwortlichkeiten wurden die Verbrechen der Geschichte von ihren Akteuren und deren Interessen abgekoppelt. Sie erschienen als Schicksal, zurückgeführt auf »das Böse«, das konkret nicht zu benennen und zu bekämpfen war. In den Folgejahren verschob sich das offizielle Gedenken vom OdF-Tag auf den Volkstrauertag im November. Des Widerstands gegen das Naziregime wurde am 20. Juli gedacht, wo vor allem an den bürgerlich-konservativen Widerstand um General von Stauffenberg sowie an die Widerstandsgruppe Weiße Rose erinnert wurde. Die Vereinigung der

Verfolgten des Naziregimes (VVN) führte hingegen den 'Tag der Opfer des Faschismus' fort. In den fünfziger Jahren, die VVN war von Verboten bedroht, wurden auch die von ihr organisierten OdF-Tage kriminalisiert. Zahlreiche Gedenkfeiern wurden mit polizeilicher Gewalt behindert oder sogar aufgelöst. Dennoch fanden bis in die späten fünfziger Jahre in zahlreichen Städten – u. a. in Aachen, Bielefeld, München, Frankfurt, Stuttgart, Essen – eindrucksvolle Kundgebungen statt, oft mit mehreren tausend Teilnehmern. Neben der VVN riefen auch örtliche jüdische Gemeinden zu den OdF-Tagen auf. An Orten der Konzentrationslager organisierten Lagergemeinschaften ehemaliger KZ-Häftlinge Gedenkveranstaltungen, Kongresse und Kranzniederlegungen an diesem Tag.

Eine Ausnahme stellte die Kundgebung am 18. September 1955 in Iserlohn dar, zu der VVN und der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) gemeinsam aufriefen – denn Bündnisse zwischen VVN und BVN, dem sich in politischer Abgrenzung zur VVN vor allem ehemals verfolgte Christen, Sozialdemokraten, Liberale und Konservative angeschlossen hatten, waren selten. Angesichts des Vorwurfs, »kommunistische Tarnorganisation« zu sein, war es der VVN lange Zeit nicht gelungen, ihre politische Isolation zu durchbrechen. Erst seit den späten siebziger Jahren fand sie in Gewerkschaften, Kirchen, bei Jusos, Falken, unter Studenten und in Antifa-Gruppen neue Bündnispartner. Zu dieser Zeit aber war der OdF-Tag in der Bundesrepublik schon weitgehend vergessen. Das Erinnern an den Faschismus hatte sich seit den sechziger Jahren mehr und mehr auf die Jahrestage der Reichspogromnacht am 9. November, der Machtübertragung am 30. Januar, den Tag der Befreiung am 8. Mai und den Antikriegstag verlagert. Nur in wenigen Städten, wie in Hamburg und Bremen, wird der OdF-Tag bis heute jährlich im September begangen. In den Nachkriegsjahren wird der zweite Sonntag im September zum ersten Gedenktag für die Opfer des Faschismus in Deutschland. Der Kalte Krieg führt zu einer Teilung der Erinnerung in Ost und West. In der Bundesrepublik und Westberlin ist der von der VVN organisierte »Tag der Opfer des Faschismus« bis in die 60er Jahre Verboten ausgesetzt, das offizielle Gedenken fokussiert sich bald auf den 20. Juli. In der DDR hat der OdF-Tag mit Ehrungen und Kundgebungen, aber auch Ritualen, Einseitigkeiten und Vereinnahmungen einen festen Platz in der Erinne-

## Gebot des Tages - gemeinsam gegen den rechten Extremismus

rungskultur. Seit 1990 wird der Gedenktag als „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ fortgesetzt.

Leider gibt es Menschen, die der rechts-extremen und nazistischen Ideologie noch immer anhängen.

Und über Übergriffe von Rechts müssen wir viel hören und lesen. Nur ein paar Beispiele seien genannt.

Es gibt noch mehr solcher und ähnlicher Meldungen. Und die haben ihren Grund. Angesichts dieser Situation ist es besonders wichtig, sich für die Schaffung eines sozialen Zusammenhaltes innerhalb der Kommunen einzusetzen. Der Ausbau und die Stärkung demokratischer, zivilgesellschaftlicher Strukturen, die stark genug sind, sich den rechtsextremen Hegemoniebestrebungen entgegenzustellen, ist unbedingt erforderlich. Je länger die Kommunen es versäumen, sich mit rechtsextremen Erscheinungen auseinanderzusetzen, desto gravierender werden die Probleme.

Ansatzpunkte für ein entschiedenes Auftreten gegen Rechts gibt es überall. Einer ist die Schule. Politische Bildung muss bereits da beginnen. Eine parteipolitische Unabhängigkeit des Bildungssystems darf nicht mit Ideologiefreiheit gleichgesetzt werden. Die Vermittlung der Werte des Humanismus, der ja auch Ideologie, also Weltanschauung ist, muss oberstes Bildungsziel sein. Eine heranwachsende Generation, die zum Streben nach Humanität, nach Freiheit, Toleranz und Respekt vor anderen Menschen erzogen wird, dürfte in weit höherem Maße resistent gegenüber der Naziideologie sein.

Darüber hinaus brauchen wir ein System von selbstverwalteten Freizeiteinrichtungen für unsere Kinder und Jugendlichen, die sie einerseits von der Straße holen und ihnen andererseits die Möglichkeit bieten, in Eigeninitiative ihre Freizeit zu gestalten. Sie befähigen, im Umgang miteinander Akzeptanz und Toleranz zu leben und zu erleben und Demokratie selbst zu gestalten. An dieser Stelle sind Staat und Kommunen gefordert, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen.

Wir brauchen aber auch den täglichen Mut, fremdenfeindliche und antisemitische Äußerungen nicht mehr zu überhören oder zu ignorieren. Dazu müssen aber die Menschen wissen, an wen sie sich wenden können, wie das überhaupt zu erkennen ist und wie sie sich verhalten sollen. Wir in Geringswalde werden es tun. Zu erst mit Vereinsvorsitzenden, Geschäftsführern der ansässigen Firmen,

mit Händlern, Gewerbetreibenden und den Mitgliedern des Stadtrates unter Einbeziehung des sächsischen Netzwerkes gegen Rechts. Dann wird das Schritt für Schritt fortgesetzt.

Wir brauchen die Fähigkeit, die Menschenfeindlichkeit in den Bestrebungen der Nazis, die oft geschickt hinter der Formulierung sozialer Forderungen, welche allgemeine Zustimmung finden, versteckt sind, immer wieder aufzudecken und den Menschen vor Augen zu führen. Dazu müssen wir uns intensiver mit ihren Programmen und Argumentationen auseinandersetzen. Der Mügeln Bürgermeister hat kürzlich in einem Interview geäußert, er wäre stolz, ein Deutscher zu sein.

Ein Deutschland, das mich stolz machen könnte, wäre weltoffen, tolerant und friedlich. In ihm säßen keine Nazis in den Parlamenten, weil es sich der Verantwortung bewusst wäre, die es aufgrund seiner Geschichte gegenüber der Welt hat.

In ihm wären Naziaufmärsche genau so wenig möglich, wie der Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei gegen Teilnehmer einer Sitzblockade, welche die Nazis stoppen wollen.

Und auch nicht die Jagd auf Menschen, unabhängig davon, ob sie nun aus Indien, oder aus Angola kommen oder einfach nur weil andersdenkende Jugendliche von Solid aus Geringswalde sind.

### Ein Verein stellt sich vor:

**„Haus der Demokratie e.V.“  
Ein Haus für Ideen - Eine Chance für Döbeln**

Der „Haus der Demokratie“ e.V. Döbeln ist ein Verein, der sich das Ziel gestellt hat, das Haus in der Bahnhofstraße 56 in Döbeln zu einem Ort für Vereins-, Kultur- und Jugendarbeit zu machen.

Wer ist in dem Haus der Demokratie alles aktiv für den „Erhalt von Kultur und Jugend in Döbeln“?

**Treibhaus e.V.** Das 1997 gegründete Treibhaus e.V. Döbeln ist als gemeinnütziger Verein und als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt. Mittlerweile hat er über 100 Förderer und aktive Mitglieder im Alter von 18 bis 50 Jahren und zählt auf viele weitere Freunde und Unterstützer. Im Rahmen des Treibhauses e.V. entstanden und entstehen immer neue Initiativen und Projekte, in welchen sich Menschen ehrenamtlich engagieren. Da-

bei entwickeln sie soziale Kompetenzen, wie Verantwortungsbewußtsein für das angestrebte Ziel und Fähigkeiten zur Arbeit in einem Team Gleichgesinnter.

Mit etwa 100 Veranstaltungen jährlich trägt der Verein außerdem dazu bei, dass nicht wenige junge Menschen das Leben hier als attraktiv empfinden in ihren Lebensmittelpunkt in der heimischen Region sehen.

**Café Courage** Es besteht seit 2001 als Kultur-, Begegnungs- und Jugendzentrum. Das Café ist Anlaufpunkt für viele Jugendliche und junge Erwachsene, die sich hier treffen, gemeinsam diskutieren, Projekte planen und eigenverantwortlich umsetzen.

**Antirassistische Initiative Döbeln (ARID)** Die ARID unterstützt in individuellen Beratungsgesprächen Flüchtlinge und MigrantInnen in ihrem schwierigen Alltag und setzt sich für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft ein. Dem dienen u.a. Deutschkurse.

**Computerlounge** Das Ziel der Computerlounge ist es, finanzschwachen Menschen gleiche Chancen wie allen anderen zu schaffen, das Internet als Medium intensiv nutzen zu können.

**Netzwerk Döbeln** Die Netzwerkstelle im Haus der Demokratie unterstützt antirassistische und demokratische Projekte und Initiativen. Dabei steht im Mittelpunkt, diese erfolgreich zu vernetzen. Ziel ist ein Beitrag zur Schaffung und Erhaltung einer demokratischen und weltoffenen Gesellschaft.

**Skate Force Döbeln (SFD)** Die SFD ist ein Projekt junger SkaterInnen, die in Eigenregie eine für alle zugängliche Skatehalle aufgebaut haben und diese seither in Eigenregie betreiben. Dabei wurden und werden sie vom Treibhaus e.V. unterstützt.

Wie Phillip Klöden vom Treibhaus e.V. berichtet, hat das Haus der Demokratie gegenwärtig eine nicht ganz einfache Situation zu meistern. Die Döbelner Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft (DWVG) ist leider gezwungen, das Haus bis Ende dieses Jahres zu verkaufen. Würde es an einen x-beliebigen Käufer gehen, wären eine Vielzahl der oben beschriebenen Projekte in ihrem Bestand gefährdet.

Fortsetzung folgende Seite, Spalte zwei

Fortsetzung von Seite - 7 -

fentlichkeitsarbeit. Sie muss wichtigster Bestandteil unserer politischen Tätigkeit sein. Besonders die Jugend liegt ihr dabei am Herzen.

„Gewinnung der Jugend für unsere Ideen“, sagt sie und weiter: „Jugend ist wichtig. Jugend ist Zukunft. Auch für uns. Sie bedeutet neben Nachwuchs auch Aussicht. In Geringswalde gibt es mit knapp 50 Mitgliedern die größte Organisation von SO-



Ein feierlicher Augenblick: Neuaufnahme einer Mitstreiterin in die LINKEN durch die Kreisvorsitzende, Petra Steidten

LID in Sachsen. Wir haben sie, so gut wir konnten, immer unterstützt. ... Wie ist das in den anderen Kreisen? Wie können wir da unterstützen? Welche Verbindungen können hergestellt werden? Jugend stellt sich nicht ein auf uns, sondern wir müssen auf sie zugehen. Ihnen sagen und erklären, was unsere Ziele sind, warum wir das tun und für wen wir das tun. Und dann wird sich sicher auch der oder die Eine finden, um zu uns zu kommen und unsere Kraft zu stärken. Sei es mit ihren Beiträgen, in Stadt- und Gemeinderäten, in Vereinen oder nur einfach unter Gleichgesinnten. Wenn wir das nicht begreifen, dann haben wir verloren.“

Der Bericht der Schatzmeisterin wurde wohlwollend angenommen und von einem Mitglied des Landesvorstandes und der Finanzrevisionskommission als zutreffend und richtig bewertet.

Hervorheben möchte ich jedoch noch die Rede von unserem Vorsitzenden der Fraktion in unserem Kreistag, der sowohl auf die neuen Möglichkeiten des Kreiszusammenschlusses verwies als auch auf die Gefahren. Auf vielen Gebieten gibt es zwischen den Kreisen große Unterschiede.

In den Leitlinien zur Bildung des neuen Regionalverbandes sind viele davon eingeflossen. Gespart wurde aber auch nicht mit Kritik am Landesvorstand. Sinngemäß sagte er, es käme ihm so vor, dass sich der Landesvorstand nur auf die Landtagswahlen konzentriert und die anstehenden Kommunalwahlen relativ außer acht lässt. Und wörtlich: „Wenn die Kommunalwahlen schief gehen, dann sind auch die Landtagswahlen in Gefahr“

Nach einigen Berichten und Erfahrungen über die künftige Gestaltung unserer weiteren Arbeit gab es eine ziemlich kontroverse Diskussion.

Brauchen wir wirklich eine Doppelspitze? Wäre es nicht besser, einen oder eine Vorsitzende zu wählen und dazu die nötige Anzahl von Stellvertretern, damit auch jeder der Partner berücksichtigt wird, so wie es der Landesvorstand auch getan hat? Und dazu noch mehr Fragen über Fragen. Es zeigt uns doch, dass Basis wichtig ist, daran Interesse zeigt, mitdenkt und wir nie vergessen sollten bei unseren Entscheidungsfindungen sie gebührend mit einzubeziehen und zu berücksichtigen. Dazu fehlt mir leider in der mir inzwischen zugegangenen Einladung, die ja auch eine vorläufige Tagesordnung enthalten sollte, jegliche Grundlage. Für Diskussion ist da kaum Zeit gegeben, sondern sie läuft auf einen einzigen Wahlmarathon hinaus. Ich gebe ja gerne zu, dass dies nur meine eigene bescheidene Meinung ist, die vielleicht auch nicht hier hin gehört.

Jedenfalls war unsere Gesamtmitgliederversammlung spannend, manchmal auch unterhaltend, informativ und im Großen und Ganzen das, was man landläufig als durchaus gelungen betrachtet. Zumal wir auch ein neues Mitglied aufnehmen konnten. (LPö)

Fortsetzung von der vorhergehenden Seite

Die Macher im Döbelner Haus der Demokratie sehen darin aber auch eine Chance. Sie haben sich dafür entschieden, das Haus zu kaufen.

Das Haus zu kaufen würde nicht nur bedeuten, die hier bereits ansässigen Projekte und Initiativen auf Dauer zu erhalten. Es ergäbe sich darüber hinaus auch die Möglichkeit, durch einen weiteren Ausbau neue Räumlichkeiten für Döbelner Vereine und breites bürgerschaftliches Engagement zu schaffen.

Das alles ist aber aus gegenwärtiger Sicht leichter gesagt als getan. Viel haben die Initiatoren unternommen, um Geld für den Kauf des Hauses in die Kasse zu spülen. So wurde im Rahmen einer Benefiz-

aktion Kunst versteigert und eine Spendenbriefaktion an die Unternehmen des Landkreises Döbeln gestartet.

Dann war der erste wichtige Schritt vollbracht! Mit einem Schreiben vom 10. Juli dieses Jahres wurde der Antrag für den Kauf der Immobilie bei der DWVG offiziell eingereicht. Es dürfte nichts dagegen sprechen, sie auch erwerben zu können. Dazu braucht der Verein Haus der Demokratie e.V. aber weitere finanzielle Unterstützung, um das Haus auch finanzieren zu können.

Doch der Kauf ist bei weitem noch nicht alles! Die Initiatoren freuen sich auf die neue Herausforderung, sind sich aber bewusst, dass es nur mit der Unterstützung der Döbelner Bevölkerung klappen wird. Daher auch ihr Aufruf: „Unterstützt dieses Projekt, egal ob mit körperlichem, geistigem oder finanziellen Einsatz, für ein vielfältigeres Döbeln!“

Darüber, wie es mit dem Haus weitergeht, wollen die Initiatoren regelmäßig unter ihrer Webseite [www.demokratie-doebeln.de](http://www.demokratie-doebeln.de) informieren. Im Augenblick fehlt die Aktualität etwas; die letzte Meldung ist von Ende August, der Stand auf dem Spendenkonto von Ende Juli.

Es werden intensive Gespräche mit Leuten geführt, die Interesse an Räumen für eine neue Ökologiegruppe bekundet haben. Außerdem sind eine Beratungsstelle für gesunde Ernährung sowie eine Kunstwerkstatt mit Siebdruck und Töpferei im Gespräch. Unabhängig davon gibt es in dem Haus noch einige leer stehende Räume, die weiteren Vereinen, Initiativen und Privatpersonen zu günstigen Mietkonditionen angeboten werden können.

Der Verein freut sich über Anfragen unter 03431 / 605317 oder über die e-Mail-Adresse [treibhaus-ev@freenet.de](mailto:treibhaus-ev@freenet.de). (hw)

## Quo vadis, „Brennpunkt e.V.“

Beim Brand-Erbisdorfer Verein Brennpunkt stehen wichtige Entscheidungen an. Wie die Redaktion erfuhr, sollen in dieser Woche die Weichen gestellt werden, wohin der Zug fährt. Alternativen sind die Fortführung der Arbeit in den angestammten Brander Räumen, der Umzug bis Anfang Dezember nach Freiberg oder die Symbiose aus beidem: ein Brennpunkt e.V. Brand-Erbisdorf/Freiberg oder Freiberg/Brand-Erbisdorf. Fakt scheint zu sein, dass der Verein in Brand-Erbisdorf nie so richtig heimisch geworden ist. Oftmals kam der Großteil der Besucher zu interessanten Veranstaltungen aus Freiberg. Für Freiberg spräche auch die Nähe des neuen Standortes zu Bahnhof und Busbahnhof. Über die Ergebnisse werden die LinksWorte ihre Leser informieren. (hw)

„Unsere Partei, DIE LINKE. - stellt sich vor  
Lothar Bisky im Volkshaus Döbeln

Der Kreisvorstand Döbeln der LINKEN. hatte gerufen und ca. 120 Bürgerinnen und Bürger waren am 24. September der Einladung gefolgt. In der Diskussion spielten vor allen Dingen regionale Probleme und die Lage in den neuen Bundesländern die bestimmende Rolle.

Nach der Begrüßung der Anwesenden durch das Mitglied des Landtages Heiko Hilker ergriff Lothar Bisky das Wort.

Für Lothar Bisky war es eine Herzensangelegenheit, die geschichtliche Bedeutung einer einheitlichen Partei der Linken in Deutschland herauszustellen. „In der Vergangenheit waren wir immer zersplittert und dadurch geschwächt. Das ist jetzt ein für alle Mal vorbei. Seit dem 16. Juni sind wir gemeinsam mit der WASG eine Partei, die sich wichtige Ziele auf ihre Fahne geschrieben hat.“

Bisky nannte entscheidende Ziele, denen wir uns - oftmals ganz pragmatisch - stellen werden:

- Überwindung von Hartz IV; als wichtiger Schritt dahin die Angleichung der Regelsätze für das ALG II in Ost und West.
- Schaffung eines einheitlichen Mindestlohns in Gesamtdeutschland. Die Billiglohn-Strategie in Ostdeutschland ist gescheitert. (nebenbei: in Frankreich beträgt der landesweit einheitliche Mindestlohn 8,44 Euro/Stunde).
- Kampf gegen eine Rente erst mit 67 Jahren, zumal im Osten Arbeitsplätze für über 55jährige mit der Lupe gesucht werden müssen.
- Abzug der Bundeswehr aus dem Ausland. Wir setzten uns für diplomatische Lösungen und zivile Hilfen ein. Militäreinsätze sind keine Lösungen.
- Wir streben als linke Volkspartei den demokratischen Sozialismus an und setzten uns für mehr soziale Gerechtigkeit ein.

Mit besonderer Freude wies Lothar Bisky auf die über 3.000 neuen Mitstreiter hin, die seit dem Parteitag im Juni den Weg zu der LINKEN. gefunden haben.

Eine hervorragende Initiative unser Döbelner Genossen! Bisky ist schließlich wer in diesem Lande. Deutschland ist am Scheideweg und wir wollen das Land nach links bringen. Selten in der Geschichte der Linken in Deutschland waren die Chancen dafür so gut. (hw)

## Unsere Jubilare

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!



In den nächsten Wochen wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

Walter Merkel	17.10.1922	Waldheim
Gerda Patzig	18.10.1925	Freiberg
Ursula Unter	19.10.1925	Brand-Erbisdorf
Inge Kühne	20.10.1926	Döbeln
Georg Uhlig	21.10.1913	Niederwiesa
Ehrenfried Dietel	21.10.1929	Döbeln
Dieter Lieboldt	22.10.1929	Brand-Erbisdorf
Siegfried Uhlig	24.10.1929	Oederan
Wolfgang Streu	24.10.1942	Flöha
Elfriede Götzelt	25.10.1926	Freiberg
Rudolf Schütze	25.10.1919	Waldheim
Hanna Lindner	26.10.1926	Roßwein
Ilse Franke	27.10.1924	Döbeln
Hannelore Hahn	31.10.1942	Freiberg
Elsbeth Schubert	03.11.1920	Freiberg
Ruth Irmischer	05.11.1923	Flöha
Anfried Püschel	06.11.1929	Brand-Erbisdorf
Gerhard Lässig	07.11.1919	Waldheim
Eberhard Klapper	07.11.1931	Rechenberg-Bienenmühle
Rudolf Richter	08.11.1925	Döbeln
Lydia Rapprich	09.11.1924	Brand-Erbisdorf
Rudi Hocker	11.11.1925	Freiberg
Gisela Winkler	11.11.1929	Waldheim
Herbert Erler	12.11.1924	Mulda
Kurt Kaden	12.11.1922	Berthelsdorf
Hans-Bernhard Arnold	13.11.1930	Oederan
Maria Kunze	15.11.1919	Flöha
Beate Nuß	15.11.1937	Leisnig
Anita Scharding	16.11.1929	Döbeln
Ruth Neumann	16.11.1930	Oederan

## Die LINKE und die Räuber

### Eine nicht ganz ernst gemeinte Geschichte zum Regionalparteitag

An diesem Sonnabend treffen sich die Delegierten aus Döbeln, Freiberg und Mittweida in einer „Räuberschänke“.

So sah diese vor langer Zeit aus. Aber in-



zwischen hat sie sich gemauert.

Wo werden die 104 Delegierten aus den drei Landkreisen am Sonnabend tagen? Mitten im Grünen, in der „Räubershütte“. Räuber sind inzwischen andere, sie sitzen nicht mehr in den Wäldern um ihre Räubershütte herum, sondern in Berlin, und sie rauben nicht mehr reiche Kaufleute, sondern arme Hartz-IV-Schlucker aus.



## termine

### Oktober 2007

- 20.10. 09:30 Uhr Beratung des Landesvorstandes mit den Vorsitzenden der Kreis- und Gebietsvorstände
- 22.10. 18:00 Uhr Abschlussberatung des Kreisvorstandes Freiberg, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3
- 23.10. 14:00 Uhr Sprechstunde der Kreistagsfraktion der LINKEN in Döbeln Bahnhofstraße 1a
- 23.10. 15:00 Uhr Beratung der Senioren AG Freiberg, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3
- 23.10. 16:30 Uhr Beratung mit den Vorsitzenden der BO in Freiberg, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3
- 24.10. 10:00 Uhr Rentenberatung in der Geschäftsstelle der LINKEN Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 24.10. 13:30 Uhr Anhörung im Sächsischen Landtag zum Senioren-Mitwirkungsgesetz; Dresden, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
- 24.10. 14:00 Uhr Mittwochs-Café in Freiberg, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3
- 25.10. 18:00 Uhr Mitgliederversammlung und Vorstandswahl Brennpunkt e.V. Brand-Erbisdorf
- 27.10. Regionalparteitag zur Gründung des Regionalverbandes „Döbeln, Freiberg, Mittweida“ der LINKEN „Räuberschänke“ Hartha**
- 30.10. 19:00 Uhr Weiterbildung für Kommunalpolitiker zur Verwaltungsreform (Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums) „Brennpunkt e.V.“ Brand-Erbisdorf
- 30.10. 18:00 Uhr Beratung des Runden Tisches Freiberg, Haus der Demokratie Bebelplatz 3

### November 2007

- 01.11. 15:00 Uhr Sprechtag MdL Elke Altmann in Brand-Erbisdorf, Dr.-W.-Külz-Str.10
- 06.11. 15:00 Uhr Sprechstunde des KV Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 07.11. 10:00 Uhr Rentenberatung der LINKEN in Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 07.11. 14:00 Uhr Mittwochs-Café - Auswertung der Anhörung im Sächsischen Landtag zum Senioren-Mitwirkungsgesetz
- 08.11. 15:00 Uhr Sprechtag MdL Elke Altmann in Freiberg, Haus der Demokratie Bebelplatz 3
- 12.11. 18:00 Uhr Veranstaltung des RotFuchs in der Freiberger „Orgelpfeife“ im Unicent, Forstweg mit Klaus Steiniger „Wie steht es um die revolutionäre Weltbewegung“
- 13.11. 14:00 Uhr Sprechstunde MdL Heiko Hilker, Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 14.11. 10:00 Uhr Rentenberatung der LINKEN in Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 15.11. 15:00 Uhr Sprechtag von MdL Elke Altmann in der Geschäftsstelle Flöha, Augustusbürger Straße 73
- 15.11. 19:00 Uhr Forum des Ortsverbandes Freiberg mit MdL Klaus Bartl zum „Sachsensumpf“ Freiberg, GIZeF, Chemnitzer Straße 40

Die Delegierten wollen bestimmen, wo es bei der LINKEN in Mittelsachsen lang geht. Ihnen schallt der hehre Spruch ins Ohr: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Vorwärts immer, aber wohin? Nach rechts, Richtung Hainichen, ist gesperrt.



Also nach links, wie es sich für die LINKEN gehört! Damit sind die Weichen gestellt. Die „Räuberschänke“ hat auch speziell in Vorbereitung des Regionalparteitages der LINKEN die entsprechenden Richtungsregeln an der Kreuzung am Waldessaum anbringen lassen.



Die perfekte Orientierungshilfe für eine linke Partei, danke dir, du „Räuberschänke“! Nach rechts geht nichts, gerade aus vielleicht, aber da wartet kurz danach das „Stop“. Also ist alles klar: der Weg nach dem Regionalparteitag führt nach links! Jetzt wird bei den Oederaner Genossen ungeahnter Jubel ausbrechen: von der „Räuberschänke“ nach links bedeutet nämlich schnurstracks Richtung Stadt des Kleinen Erzgebirges.

Der Kurs ist also klar, der am Sonnabend eingeschlagen wird. Bleibt nur noch zu hoffen, dass die Räuber an diesem Tage nicht ihre Schänke okkupieren wollen. Aber durch die großen gläsernen Fenster der „Räuberhütte“ würde das den Delegierten nicht verborgen bleiben.



Lange Rede, kurzer Sinn: Wir wünschen unseren 104 Delegierten der LINKEN aus Döbeln, Freiberg und Mittweida eine erfolgreiche Konferenz im Angesicht der Räuber (die ja auch nur Menschen sind). (hw)

**Wir trauern um unseren im September verstorbenen Genossen**

**Gerhard Scholz aus Döbeln**

**Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!**